

[eigene Adresse]

Finanzverwaltung

[Adresse der Gemeindeverwaltung]

Beteiligung an grossflächigen Landaneignungen und Menschenrechtsverstössen im globalen Süden

Sehr geehrte Damen und Herren,

Agrarkonzerne, Energiekonzerne und Staaten sichern sich in grossem Ausmass Landwirtschaftsflächen in zahlreichen Ländern des Südens (sog. «Land Grabbing»). Auf diesen Flächen werden Nahrungsmittel, Futtermittel und Agrarrohstoffe für den Export sowie Agrotreibstoffkulturen angebaut – z.B. Ölpalmen, Zuckerrohr und Soja. Die ansässige Bevölkerung wird oftmals gewaltsam vertrieben oder mit falschen Versprechen umgesiedelt. Diese Flächen gehen für die lokale Nahrungsmittelversorgung verloren, weswegen die Nahrungsmittelpreise steigen. Die industrielle Landwirtschaft schädigt die Bodenfruchtbarkeit, senkt die Grundwasserspiegel, verschmutzt das Wasser, beutet oftmals die LandarbeiterInnen aus und schädigt deren Gesundheit. Zudem bietet sie aufgrund ihrer kapitalintensiven Produktionsweise viel weniger Arbeitsplätze als die arbeitsintensive kleinbäuerliche Landwirtschaft. Diese Auswirkungen stellen **massive Verstösse gegen verschiedene Menschenrechte** dar.

Banken finanzieren solche Konzerne und Projekte über Kredite und Darlehen, bieten entsprechende Anlagemöglichkeiten an und nutzen solche selbst. Bei Pensionskassen und Versicherungen besteht die Gefahr, dass sie ihr Kapital über Fonds oder direkte Beteiligungen wissentlich oder unabsichtlich in solchen Konzernen und Projekten anlegen und damit zu deren Finanzierung beitragen.

Gemeinden haben mit Banken – i.d.R. Kantonalbanken – Geschäftsbeziehungen und zahlen Prämien an Versicherungen sowie Beiträge für ihre Angestellten an Pensionskassen und Sozialversicherungen. Damit laufen sie Gefahr, sich unabsichtlich **an der Finanzierung von Konzernen und Projekten zu beteiligen, die massiv gegen Menschenrechte verstossen**.

Aufgrund der Menschenrechtsverträge sind die Staaten – und damit auch die Gemeinwesen – **verpflichtet, die Menschenrechte zu achten** und «von Handlungen und Unterlassungen Abstand nehmen, die ein konkretes Risiko schaffen, dass sie den Genuss von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten ausserhalb ihres Territoriums unmöglich machen oder beeinträchtigen. Staaten werden verantwortlich, wenn eine solche Verunmöglichung oder Beeinträchtigung ein vorhersehbares Ergebnis ihres Verhaltens ist.» (Maastrichter Prinzipien zu den Extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte)

Da ich diesbezüglich sehr beunruhigt bin, bitte ich die Gemeinde

- bei ihrer Bank abzuklären, mit welchen Agrarkonzernen und agrarindustriellen Projekten in welcher Art und welchem Ausmass Geschäftsbeziehungen bestehen
- zumindest bei der Pensionskasse, allenfalls auch bei den Sozialversicherungen und Versicherungen der Gemeinde abzuklären, in welche Agrarkonzerne und agrarindustriellen Projekte in welcher Art und in welchem Ausmass sie Investitionen getätigt haben.

Ich bitte Sie, detaillierte, aussagekräftige und vollständige Auskünfte einzuholen und mir weiterzuleiten. Ich werde mir erlauben, diesen Brief und Ihre Antwort einer Menschenrechtsorganisation zur Überprüfung und Stellungnahme sowie zur allfälligen Veröffentlichung weiterzuleiten.

In diesem Sinne freue ich mich als EinwohnerIn und SteuerzahlerIn auf Ihre Antwort und danke bestens für Ihre Bemühungen! Freundliche Grüße,

[Name]